

Versuch einer nüchternen Bewertung der „Republikflucht“ in den Westen Stand die DDR vor dem „Ausbluten“?

Bis zum 13. August 1961 hatten nach westlichen Angaben 2,6 Millionen Menschen die DDR verlassen. Von ihrer Gründung bis heute werden die „Fluchten“ in die BRD als angeblicher Beweis für die Erfolglosigkeit einer sozialistischen Alternative in der DDR präsentiert, um zugleich auch einen moralischen Anspruch auf die „Wiedervereinigung“ geltend zu machen. Mit diesem Argument hoffte man alle noch so treffsicheren Entgegnungen der DDR-Verteidiger entkräften zu können.

Allerdings ermöglichen seriöse Quellen und wissenschaftliches Herangehen an die Thematik einen anderen Blick, der zur prinzipiellen Infragestellung dieses Propaganda-Dauerbrenners führt.

Zunächst einmal sind Massenfluchten nach dem Sieg einer Revolution und in scharf zugespitzten Klassenkampfsituationen eine häufige, ja sogar normale Erscheinung. Zu Fluchtwellen kommt es in der Regel vor allem während der ersten Jahre des Bestehens einer neuen sozialen Ordnung. Erfahrungsgemäß ebbt sie dann quantitativ wieder ab, können allerdings zeitweise erneut in erheblichem Maße anschwellen.

Nach der Oktoberrevolution flüchteten aus Rußland zwischen 1918 und 1924 allein mehr als 1,2 Millionen Menschen nach Polen. Mit der Vertreibung der faschistischen Okkupanten aus der UdSSR bildeten vor allem ukrainische und belorussische Nazikollaborateure eine weitere Fluchtwellen. Bis zur Liquidierung der UdSSR durch Jelzin und seinen Klüngel, denen Gorbatschow den Weg geöffnet hatte, verließen über drei Millionen Menschen das Land.

Nicht anders verhielt es sich in Polen. Nach Errichtung der Volksmacht emigrierten im Zeitraum von 1946 bis 1989 rund 3,6 Millionen Landesbürger, 71 % davon bis 1950, weitere 11 % bis 1960. Etwa eine Viertelmillion Polen setzte sich dann bis 1980 in jedem Jahrzehnt ab. Doch im Unterschied zur BRD wurde mit diesen Zahlen recht nüchtern umgegangen, zumal die meisten Abwanderer, besonders seit 1960, rein wirtschaftliche Motive hatten. Anders verhielt es sich mit den bis 1948 geflohenen etwa 100 000 polnischen Juden, die den Faschismus überlebt hatten. Für sie war die Auswanderung – vorrangig nach Israel – keine Option gegen Volkspolen, sondern in erster Linie eine Flucht vor dem rabiaten Antisemitismus bewaffneter Konterrevolutionäre, die noch jahrelang auf polnischem Territorium ihr Unwesen trieben und heute als „Unabhängigkeitskämpfer“ gefeiert werden.

In der DDR fand eine volksdemokratische Revolution mit sozialistischer Zielsetzung statt, die durch die Anwesenheit sowjetischer Truppen erleichtert und abgesichert wurde. Daß sich die Angehörigen der vormals herrschenden Klassen und deren politischer Anhang einer solchen Entwicklung

zu entziehen gedachten, verstand sich von selbst. Ihre Massenflucht zeugt eher von der Tiefe des Umsturzes und der Stabilisierung der neuen Gesellschaftsordnung. Angehörige der Bourgeoisie und ihnen dienstbarer Schichten verließen das Land, weil die



CDU-Plakat von 1947

Chancen einer kapitalistischen Restauration der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse geschwunden waren. Die Illusion, die in diesem Kampf unterlegenen Angehörigen der gegnerischen Klasse und deren Gefolgschaft halten zu wollen oder zu können, gab es nicht.

In der Struktur der Nachkriegsbevölkerung auf späterem DDR-Gebiet gab es eine sehr wesentliche Besonderheit, die nicht verschwiegen werden sollte: die politisch-ideologische Verfaßtheit eines nicht geringen Teils der aus den vormals deutschen Ostgebieten und anderen europäischen Ländern ausgesiedelten Menschen.

Die Bevölkerung in Schlesien, Pommern, Ost- und Westpreußen hatte im Gegensatz zu der mehrheitlich christdemokratisch orientierten westdeutschen und der überwiegend die Sozialdemokraten bei Wahlen unterstützenden zentraldeutschen Einwohnerschaft zu Zeiten der Weimarer Republik zunächst massiv für die Deutschnationalen und dann majoritär für Hitlers NSDAP gestimmt. Ein Drittel der sich als Sudetendeutsche bezeichnenden Bürger der ČSR unterstützte die Faschisten Henleins. Auch die überwiegende Mehrheit der Deutschen in Ungarn, Rumänien und Jugoslawien war ähnlich orientiert. 12 Millionen Menschen aus den genannten Regionen wurden 1945/46 umgesiedelt.

1949/50 lebten 4,3 Millionen von diesen Maßnahmen Betroffene in der DDR – etwa 23 % der Bevölkerung. Die hohe Konzentration von Umsiedlern ergab sich daraus, daß die Sowjetische Besatzungszone den betroffenen Gebieten territorial am nächsten lag

und viele der Neubürger auf eine baldige Rückkehr in ihre frühere Heimat hofften. Ein erheblicher Teil von ihnen fühlte sich in der durch Marxisten und deren Bündnispartner regierten DDR aus den bereits genannten Gründen politisch unbehaglich: Die Rote Armee war allenthalben präsent und bildete den Schutzschirm für die neue Entwicklung. Überdies ließ die DDR-Führung keinen Zweifel daran aufkommen, die Nachkriegsgrenzen zu akzeptieren und vertraglich abzusichern. Für Revanchisten war hier kein Platz.

Die konsequente Abrechnung mit dem Faschismus aber entsprach nicht den Vorstellungen jener, welche auf Grenzveränderungen setzten. Das war vor allem der Fall, nachdem sich die Beziehungen der DDR zu Volkspolen und der ČSR enger gestalteten. Ein zusätzlicher Umstand sollte hier nicht unerwähnt bleiben. Die DDR-Organe besaßen nun Zugriff auf verlässliche Nachweisquellen über die faschistische Vergangenheit nicht weniger Umsiedler.

Der Trend einer Abwanderung nach Westdeutschland, wo dem Revanchismus eine staatlich geförderte Heimstatt geboten wurde, war so erklärlich.

Auch der schon bald erkennbare höhere Lebensstandard im Westen, der durch die Nichtzahlung von Reparationen und den Marshallplan abgesichert wurde, verhielt mehr als ein mit großen Mühen verbundener schrittweiser sozialer Aufstieg im Osten. Immerhin sollte am Ende jeder fünfte abgewanderte DDR-Bürger von gesellschaftlicher Relevanz ein Umgesiedelter sein.

Zudem versprach die BRD diesen nicht nur eine politisch-moralische „Würdigung“, sondern auch handfeste materielle Kompensation des Verlusts ihrer Besitztümer in der früheren Heimat. 1949 lebten in der BRD etwa 12 % aller Umsiedler. Diese Zahl sollte in den folgenden Jahrzehnten auf rund 20 % anwachsen. Sie stieg von 7,7 Millionen (1949) auf 10,4 Millionen (1981) an. Andererseits ging die Einwohnerschaft der DDR von 18,4 Millionen (1950) auf 17,2 Millionen (1960) zurück. Man kann also davon ausgehen, daß kein geringer Teil der „Republikflüchtigen“ aus den früheren Ostgebieten stammte.

Die West-Übersiedlungen alteingesessener DDR-Bürger, von denen etliche legal ausreisten, erfolgten nicht zuletzt aufgrund sie erheblich begünstigender Faktoren. Im Gegensatz zu den vor anderen Revolutionen Flüchtenden gingen sie viele Jahre völlig gefahrlos in ein angrenzendes Land mit gleicher Sprache und ähnlicher Kultur. Außerdem warb sie die BRD mit erheblichen

materiellen Mitteln gezielt ab, um ihr eigenes Defizit an Fachleuten und Arbeitskräften bestimmter Wirtschaftszweige zu kompensieren. So befanden sich die ohne staatliche Genehmigung Abwandernden in einer privilegierten Position. „Republikflüchtige“ wie legale Umsiedler aus der DDR gingen oft nicht ins ungewisse. Besonders gut Ausgebildete hatten sich über Verwandte, Freunde und Institutionen schon lange vor ihrem Weggang eine oftmals lukrative Stellung im Westen gesichert. Viele Fachleute wurden zielgerichtet mit für sie vorbereiteten Arbeitsverträgen zu günstigen Konditionen abgeworben.

Die von der BRD und ihren Medien verbreitete These, die Übersiedler hätten sich in erster Linie für „Freiheit und Demokratie“ entschieden, trifft so nicht zu. Nur ein Teil der bis 1961 Abgewanderten fällt mit seiner Flucht in den Westen eine bewußte politische Entscheidung gegen die DDR. Zur Verblüffung der sie nach ihrer Ankunft in der BRD befragenden Medienmeute lobte fast jeder zweite Übersiedler gewisse Vorzüge des Lebens in der DDR. Das politische System der BRD war den meisten weithin unbekannt und stand auch nicht im Mittelpunkt ihres Interesses.

Eine Umsiedlung aus der DDR war ganz überwiegend nicht mit Gefahr für Leib und Leben verbunden. Man konnte die imaginäre und offene Grenze nach Westberlin mehr als ein Jahrzehnt lang völlig ungehindert überschreiten. Damals arbeiteten etwa 63 000 DDR-Bürger in Westberlin, welche die Grenze zweimal täglich passierten.

Die bis 1961 dorthin abwanderten, mußten nicht bei Nacht und Nebel hohe Mauern überwinden, sondern fuhren am helllichten Tag mit der S- oder U-Bahn für 20 Pfennig über die in Berlin als Sektorengrenze bezeichnete DDR-Staatsgrenze, an der es nur sporadisch Kontrollen gab. Diese Leichtigkeit des Abhauens verführte ganze Familien und besonders viele junge Leute zu diesem Schritt.



Schild der „Royal Military Police“ an der Sektorengrenze

Bis heute fehlt es an exakten Daten zu dieser Problematik. Allein eine umstrittene Befragung von 3000 DDR-Flüchtigen, die im Juli 1961 erfolgt sein soll, bildet die bis heute einzige offizielle Darstellung aller „Fluchtmotive“ bis 1989.

Unterzieht man die von den Befragten angegebenen Gründe einer seriösen Analyse, dann ergibt sich folgendes Bild: 22 % hatten politische Motive. Bei 12 % erfolgte die Übersiedlung mit dem Ziel der Familienzusammenführung. 8 % waren Personen, die gegen DDR-Gesetze verstoßen hatten und mit Bestrafung rechnen mußten. 2 % wollten ihre Ehe aufkündigen und gingen zumeist mit neuen Partnern in den Westen. 9 % strebten – dieser Untersuchung zufolge – nach einem höheren Lebensstandard. Das darf in Zweifel gezogen werden, zumal

nur 53 % der Befragten überhaupt bereit waren, Aussagen hierzu zu machen. Es ist also davon auszugehen, daß ihr Anteil den der aus politischen Motiven Weggegangenen um ein Mehrfaches überstiegen haben dürfte.

Für die meisten Übersiedler in den Westen gab es keinen unmittelbaren Zwang oder eine direkte Bedrohung. Die illegale Ausreise wurde mehrheitlich wie bei Emigranten über einen längeren Zeitraum vorbereitet.

Die Gründe für die Republikflucht hingen zweifellos eng mit der Existenz eines anderen deutschsprachigen Staates zusammen. Die meisten Übersiedler hätten sich vermutlich nicht zur Emigration entschlossen, wenn es sich bei dem Zielland beispielsweise um Frankreich oder skandinavische Länder gehandelt hätte.

Bei allen Problemen, die der DDR durch eine Vielzahl von Fluchten und Übersiedlungen entstanden, waren diese trotz der eintretenden Schwächung zu keinem Zeitpunkt für den sozialistischen deutschen Staat existenzgefährdend. Niemand drohten der DDR die Menschen davonzulaufen. Der Bevölkerungsschwund erreichte im Jahresdurchschnitt knapp ein Prozent. Die über sowjetische Kanäle wie Lutsch nach Moskau weitergemeldete Übertreibung, die DDR stünde „buchstäblich vor dem Ausbluten“, entsprach nicht den Tatsachen.

Angesichts der anhaltenden Verleumdungskampagne gegen die DDR scheint die Frage wichtiger, warum es die überwältigende Mehrheit ihrer Bürger eigentlich vorgezogen hat, selbst unter massivem Druck des reicheren deutschen Staates und seiner alles durchdringenden Medien in ihrem Land zu bleiben, um unter schwierigeren Lebensbedingungen ein besseres Deutschland aufzubauen.



Arbeiter der DDR verstärkten die Grenztruppen, um ihren sozialistischen Staat zu schützen.

Dr. Bernhard Majorow

Als sich das Osmanische Reich mit Blut besudelte

Zum Völkermord an den Armeniern

Über das tragische Schicksal der christlich-armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich (bis zu seiner Auflösung, 1922, anschließend Republik Türkei) wurde anlässlich der 100jährigen Wiederkehr des Gemetzels in der Presse ausführlich berichtet. Die Tatsache, daß es sich bei der Vertreibung und dem Mord an den Armeniern zugleich um die größte Christenverfolgung der Weltgeschichte handelte, die sich auch nach dem Ende des 1. Weltkrieges fortsetzte (Vertreibung der Assyrer und Griechen im Rahmen der „Türkisierung“), wurde nur am Rande erwähnt. Noch knapper schrieb die Konzernpresse über das „Wegsehen“ des kaiserlich-deutschen Verbündeten angesichts der offensichtlichen Untaten und die Beihilfe seiner Militärmission im Land am Bosphorus bei der „kriegsbedingten Umsiedlung“ der Armenier. So heißt es noch immer in der offiziellen türkischen Staatsversion.

Doch welcher halbwegs aufgeklärte BRD-Bürger mußte nicht den Kopf schütteln ob des rhetorischen Hakenschlagens im Vorfeld der Bundestagsdebatte, als es um den längst überfälligen Begriff „Völkermord“ ging. Frau Merkel vermied das Wort Genozid und saß mit gesenktem Kopf so da, als ob sie schlief. ... In den Jahren 1895/96 waren etwa 300 000 Armenier Massakern im Osmanischen Reich zum Opfer gefallen, während sich die christlichen Staaten Europas in recht ergebnisloser Diplomatie erschöpften. Und selbst diese unterblieb, nachdem es sich unter den nach einer Militärrevolte an die Macht gelangten Jungtürken den von Deutschland angeführten Mittelmächten im Herbst 1914 angeschlossen hatte. Im Inneren betrieb Ankara die Schaffung eines türkischen Nationalstaates ohne jegliche Konzessionen an im Lande lebende Minderheiten. Aber gegen alles, was nicht türkisch war, wurde seit 1914 mit zunehmender Härte eingeschritten. Im Juni 1915 begann der von langer Hand vorbereitete Genozid an den Armeniern. Innenminister Talaat verschickte seine Umsiedlungs- und Ausrottungsbefehle in alle Landesteile.

Einspruch dagegen erhoben, hinhaltenden Widerstand leisteten und tatkräftige Hilfe erwiesen dieser großen Volksgruppe etliche internationale Organisationen und Einzelpersonlichkeiten, die nicht wenigen Armeniern – speziell vielen Waisenkindern – das Leben retteten. Aber „mit eiserner Logik“ verfolgten die Jungtürken Enver und Talaat ihren ideologisch begründeten Amoklauf, dem 1,5 Millionen Armenier zum Opfer fielen.

Wie aber reagierte der Bündnisgenosse Preußen unter Kaiser Wilhelm II., wie Reichskanzler Bethmann-Hollweg, wie das deutsche Außenministerium, denen unablässig detaillierte Berichte zugingen? Noch glaubte man dort an den Sieg an allen Fronten, eine Aufgabe des Bündnisses mit der Türkei stand daher außer Frage. Nicht einmal zu einer geharnischten Demarche konnte sich die Berliner Wilhelmstraße aufraffen. Man rieb sich offiziell nicht an der menschenverachtenden

Innenpolitik der Jungtürken, hatte man diesen Staat doch in der Vorbereitung des großen Krieges zum südöstlichen Verbündeten mit Stoßrichtung Rußland langfristig aufgebaut, wobei man von seiner vorteilhaften geopolitischen Lage und den kriegerischen Traditionen dieses früheren Weltreichs ausging. Über diese deutsch-türkische Liaison,

umhüllt ... Die Ernährung war ein Fraß, da die wertvolleren Nahrungsmittel von den Intendanten und Offizieren gestohlen wurden“, stellte Vierbücher fest.

Und von diesem Verbündeten erhoffte sich der kaiserlich-deutsche Generalstab Großes im Krieg gegen Rußland. Er unterstützte deshalb die Türkei mit Unmengen an Reichsmark und



Lebendig ans Kreuz geschlagene junge Armenierinnen

die Ursachen des schrecklichen Geschehens einschließlich der Schilderung erschütternder Einzelheiten des unsäglichen Leids der Armenier berichtet Heinrich Vierbücher in seiner Schrift „Armenien 1915“, die im Bremer Donat-Verlag erschienen ist.

Der Autor, SPD-Mitglied, vielseitig begabter Autodidakt, erlernte englisch, französisch, arabisch und türkisch. Bereits nach seiner Rekrutenzeit wurde er 1915 als Dolmetscher beim kaiserlichen Marschall Otto Liman von Sanders in Konstantinopel eingesetzt, der sich erfolgreich gegen die Massendeportationen von Armeniern gewehrt hatte. „Und es war die Erfahrung von Smyrna, die Vierbücher veranlaßte ..., die Frage nach der deutschen Mitverantwortung konsequenter als andere vor und nach ihm aufzuwerfen“, schreibt Herausgeber Donat in seinem Nachwort.

Vierbücher, der drei Jahre als Übersetzer in der Türkei tätig war, konnte sich frei im Lande bewegen. Er wurde so ein authentischer Zeitzeuge des dortigen Geschehens.

„Der türkische Soldat war der ärmste Sklave des Militarismus ...; beim türkischen Militär war das Denken noch mehr ein Verbrechen als beim deutschen. Nie habe ich bei meinem jahrelangen Aufenthalt in der Türkei einen anderen Eindruck als den der dumpfen Verzweiflung gehabt; von einer Begeisterung, die die Herzen erfaßte, konnten nur deutsche Kriegsberichterstatter schreiben ... Der türkische Soldat wurde geschlagen ..., seine Familie konnte hungern. In Lumpen gekleidet, zum Teil barfuß, ... die Füße mit Stoff-Fetzen

Gold, auch wegen der angestrebten deutschen Vorherrschaft im Orient! Vor allem auch deshalb wurde der Bau der unvollendet gebliebenen Bagdadbahn in Angriff genommen. Der türkische Feldzug gegen Rußland wurde dann zum Desaster: Von 80 000 Mann kamen nur 20 000 zurück.

Weiter charakterisiert der Autor die neuen Machthaber: „Die jungtürkische Herrschaft stand vom ersten Tag an unter dem Zeichen der Diktatur ... Es ging nicht um neues Werden, nicht um Emporhebung des Volkes, sondern um die Befriedigung einzelner Menschen, denen das Volk nichts, die Selbstüberschätzung aber alles war. Die Jungtürken waren ebenso unfähig wie die Alttürken ...“

Am 21. April 1915 beschloß die türkische Regierung die Ausrottung des armenischen Volkes. Als erstes wurden in Konstantinopel etwa 590 von 600 armenischen Intellektuellen ermordet. „Allgemein wurden die Städte und Dörfer umzingelt und die Männer aufgefordert, ihre Waffen abzugeben ... Wer im Besitz von Waffen war, erlitt auf der Stelle den Tod durch Erschießen ... Die Männer wurden ... oft schon in der Nähe des Ortes umgebracht.“

Frauen und Kinder mußten sich dann innerhalb weniger Stunden nur mit Handgepäck zum Abtransport bereithalten – es ging meist zu Fuß über Tage in unbekannte Richtung unter unvorstellbaren Entbehrungen und Erniedrigungen: Vergewaltigungen ereigneten sich am hellen Tage, Frauen wurden von Gendarmerieoffizieren aus der Menge herausgerissen und an die Männer der



Von diesen armenischen Kindern hat wohl kaum eines überlebt.

Durchgangsorte verschenkt. Es gab nirgends Unterkünfte und keinerlei Verpflegung... Die Menschenmassen aus Trapezunt und Erzerum wurden bis zur Stadt Erzingan im Hochland Ostanatoliens und am 8., 9. und 10. Juni 1915 durch das Euphrattal zur Kemach-Schlucht getrieben. „Nur ein Bruchteil der Zehntausende erreichte diesen Ort. Berge von Leichen und Halbtoten wurden in den gähnenden Abgrund hinabgeschleudert... Ein Blutstrom sickerte träge die Felswände

Armeniern zwar ein Gebiet im Kaukasus zu, was aber Kemal Pascha (Atatürk) zu verhindern mußte. 1922 zerriß er den Friedensvertrag und warf 1,5 Millionen Griechen „unter barbarischen Umständen“ aus dem Land. „Er konnte mit dem Besitz von Petroleumquellen in Mossul auftrumpfen. Und um des Petroleum willen sind die Armenier um ihre Zukunft betrogen worden.“ Kemal Pascha setzte 1923 in Lausanne einen Friedensvertrag durch, der ihm den Generalpardon brachte.



Eine Stätte des Grauens

hinab und vermischt sich mit den reißenden Fluten.“ Seriöse Schätzungen gehen von 25 000 Toten allein an diesem Schreckensort aus! Aber viele weitere Geschehnisse führt der Autor an, bei denen überall Massenmord an Armeniern – unterstützt auch von der manipulierten Bevölkerung – mit Tausenden Toten betrieben wurde. Ein Befehl des Innenministers Talaat lautete: „Es ist bereits mitgeteilt worden, daß die Regierung ... beschlossen hat, alle Armenier, die in der Türkei wohnen, gänzlich auszurotten ...“

Der Völkerbund appellierte dreimal vergeblich, die Entente brach jedes Versprechen. Der Friedensvertrag von Sevres sprach den

„Und das Leben oder Sterben eines kleinen Volkes ist eine Bagatelle, wenn dieses Volk die Torheit begangen hat, keine Goldminen und Petroleumfelder zu besitzen“, konstatierte Vierbücher.

Über einen weiteren Hauptort des Genozids an den Armeniern – die Todesmärsche ohne Rückkehr in die syrische Wüste – berichtet der deutsche Konsul in Aleppo, Walter Rößler, im Buch „Entscheidung in Aleppo“ von Kai Seyffarth, das ebenfalls im Donat-Verlag erschienen ist.

Gestützt auf Rößlers Berichte aus der letzten größeren Ansiedlung nach Osten und Station der damals im Bau befindlichen Bagdadbahn,

schildert Seyffarth die zunehmende Eskalation bei der Armenier-Vertreibung. Im Amt mußte Rößler zwar vorsichtig agieren, tat das aber mit Zivilcourage. Dabei blieb er ein kaiserlich-preußischer Beamter, der glaubte, daß seine insgesamt über 200 Depeschen und Berichte oft haarsträubenden Inhalts an seinen Botschafter und ans Auswärtige Amt (AA) etwas bewirken könnten.

Rößler erkannte bald, daß es sich um ein koordiniertes Ausrottungsprogramm der türkischen Behörden handelte. Dagegen engagierte er sich in einem Netzwerk zur Rettung von Armeniern in und um Aleppo, das von Missionarinnen aus der Schweiz, Deutschland und Skandinavien, Vertretern europäischer und amerikanischer Hilfsorganisationen, deutschen Professoren und Lehrern, Kaufleuten, Offizieren sowie Ingenieuren der Bagdadbahn organisiert wurde, denen man die armenischen Arbeiter weggeholt hatte. Konsul Rößler übernahm dabei drei entscheidende Aufgaben: Intervention gegen Maßnahmen bei türkischen Stellen, verschlüsselte Weiterleitung ausländischer Zuwendungen und Nachrichtenübermittlung per Diplomatenpost.

Aleppo war Durchgangsstation für Hunderttausende armenischer Deportierter auf ihrem „Fußmarsch in den Tod“. Angeblich wollte man sie in Mesopotamien ansiedeln, was hieß, sie in die dortige Wüste zu schicken, um sie elend verschmachten zu lassen. Die Monate Juli bis September 1915 wurden zum „Sommer des Todes“. Anschließend gab es im Osmanischen Reich nur noch der Zahl nach nennenswerte Gruppen von Armeniern in Konstantinopel, Smyrna und Aleppo sowie in den Todeslagern Syriens und Mesopotamiens.

Aufschlußreich ist die Tatsache, daß Rößler drei Jahre nach seiner Rückkehr aus Aleppo als Zeuge der Verteidigung im Prozeß gegen den armenischen Attentäter Salomon Teilirian aussagen sollte. Dabei ging es am 15. März 1921 um einen tödlichen Anschlag auf den ehemaligen Innenminister und Großwesir Talaat Pascha, der sich mit Wissen des Auswärtigen Amtes unter falschem Namen in Deutschland aufgehalten hatte. Infolge von Bedenken des AA (!) kam es aber nicht zur Prozeßbeteiligung Rößlers, der unter Eid ja die Wahrheit über den Massenmörder Talaat hätte aussagen müssen.

Sensationellerweise erfolgte am 3. Juni 1921 sogar der Freispruch des jungen Mannes durch das Berliner Schwurgericht, nicht zuletzt auch aufgrund der emotionalen Schilderung der an seinen Schwestern und seiner Mutter begangenen Mordtaten. Jahre später stellte sich heraus, daß Teilirian gar nicht am Tatort gewesen war, also die Unwahrheit gesagt hatte.

Hans-Joachim Wagner, Berlin

Heinrich Vierbücher: Armenien 1915. Donat-Verlag, Bremen 2004, 104 S., eine Karte, 12 €, ISBN 3-934836-73-9

Kai Seyffarth: Entscheidung in Aleppo. Walter Rößler (1871–1929) – Helfer der verfolgten Armenier. Donat-Verlag, Bremen 2015, 352 S., diverse Abbildungen, eine Karte, 16,80 €, ISBN 978-3-943425-53-6